

20. August
2021



Im Jahr 2020 riss die Corona-Pandemie ein Milliardenloch in den Staatshaushalt. Die Krise wird das Budget auch in den kommenden Jahren dominieren. Das Ziel der Regierung sollte sein, zu einem ausgeglichenen öffentlichen Haushalt zurückzufinden, ohne dabei das Wachstum abzuwürgen. Die richtige Strategie wäre, mithilfe von Fiskalregeln und Reformen aus den Schulden herauszuwachsen.

Die Ausgestaltung von Fiskalregeln kann einen entscheidenden Beitrag zu einem soliden Haushalt leisten und die Bürger vor teuren Wahlgeschenken schützen. In Kombination mit Reformen kann die Schuldenlast reduziert werden, ohne die Menschen zusätzlich zu belasten. Um Investitionen in den Klimaschutz, die Bildung oder die Digitalisierung zu stemmen, braucht es Handlungsspielraum für die Zukunft.

Ein Policy Brief der



Einleitung

Nach dem Krisenjahr 2020 werden auch die kommenden Jahre die Staatsfinanzen enorm belasten. Die Kosten für verschiedene Konjunktur- und Hilfsprogramme sowie die hohe Zahl an Arbeitslosen treiben die Ausgaben in die Höhe. Dazu kommen steigende Kosten für Pflege und Pensionen sowie Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung. Daher ist bereits jetzt eine Diskussion über die Finanzierung des öffentlichen Haushaltes entbrannt. Wie sollen wir das bezahlen? Und vor allem: Wer soll das bezahlen?

Viel wichtiger ist aber eine Frage, die nur sehr selten gestellt wird: Müssen wir die angefallenen Kosten wirklich mit höheren Steuern finanzieren?

Im schlimmsten Fall lähmen Hilfsprogramme den Aufschwung, Unternehmen klammern sich an billige Staatsgelder, anstatt markttaugliche Innovationen zu entwickeln.

Klar ist, dass der große Schuldenrucksack der Republik nun noch schwerer wiegt. Dazu kommt eine Reihe von Herausforderungen, die mit zusätzlichen Ausgaben verbunden sind: Wir müssen in Bildung investieren. In den Klimaschutz. In die Digitalisierung. All das zeigt: Der Finanzbedarf wäre schon ohne Krise enorm. Zu stillen ist er nur mit hohen Wachstumsraten. Das Ziel des Staates muss sein, zu einem ausgeglichenen

Budgetpfad zurückzukehren, ohne den anstehenden Aufschwung abzuwürgen. Das Timing spielt also eine entscheidende Rolle. Werden Hilfsprogramme und Ausgaben zu schnell zurückgefahren, könnten unnötige Mehrkosten anfallen. Ein zu später Ausstieg belastet hingegen den Haushalt der Folgejahre. Je länger die Hilfen gezahlt werden, desto eher verlieren sie ihre Wirkung.

Mehr noch: Im schlimmsten Fall lähmen Hilfsprogramme den Aufschwung, Unternehmen klammern sich an billige Staatsgelder, anstatt markttaugliche Innovationen zu entwickeln.

Es ist in dieser langen und zähen Krise essenziell, den Bürgern keine zusätzlichen Belastungen aufzubürden. Die Steuerlast ist in Österreich ohnedies bereits sehr hoch. Auf den folgenden Seiten skizzieren wir einen Plan, wie Österreich ohne neue Kosten für die Bevölkerung aus den Schulden wachsen könnte.

Warum Budgetkonsolidierung, wenn Schulden nichts kosten?

Aufgrund der seit längerem rückläufigen Zinsen und der ultralockeren Geldpolitik sind die Kosten, zu denen sich Österreich verschulden kann, derzeit sehr niedrig. Der Staat bekommt im Extremfall sogar Geld, wenn er sich verschuldet. Da wir alte (hoch verzinste) Schulden durch die Aufnahme neuer (niedrig verzinster) Schulden bedienen, sinkt damit trotz steigender Staatsschulden auch die gesamte Zinsbelastung der Republik seit Jahren. Das wird auch in der nahen Zukunft so bleiben.

Die Idee, aus den Schulden herauszuwachsen, basiert auf einer einfachen Formel: Liegen Neuverschuldung und die Kosten des bestehenden Schuldendienstes unterhalb des Wirtschaftswachstums, sinkt die Schuldenquote Österreichs ganz automatisch. Dank der geringen Zinsen muss das Wirtschaftswachstum derzeit also nicht einmal besonders hoch ausfallen. Brauchen wir also überhaupt eine Konsolidierung?

Insgesamt gab es in Österreich zwischen 1996 und 2020 in Summe 15 Jahre, in denen der Staat tatsächlich aus seinen Schulden gewachsen ist. Damit liegt Österreich über dem Eurozonenschnitt von elf Jahren.¹ Allerdings wurden die Möglichkeiten des Rauswachsens nicht ausreichend genutzt. Den geringfügigen Reduktionen der Schuldenstände in diesen Jahren stehen insbesondere in Krisenjahren signifikante Erhöhungen gegenüber. Aus den Schulden zu wachsen bedeutet auch nur, dass das Wirtschaftswachstum das Schuldenwachstum übersteigt. Die Schuldenquote, die oftmals als Indikator für die Tragfähigkeit der Schulden angesehen wird, sinkt also.² Für eine Reduktion des absoluten Schuldenstands sind hingegen staatliche Haushaltsüberschüsse notwendig.³ Und die sind in Österreich Mangelware.

Zwar ist davon auszugehen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen noch einige Jahre niedrig halten wird, solange sie ihr Inflationsziel einhalten kann. Sollten allerdings permanent höhere Inflationsraten auftreten, muss die EZB gegensteuern und die Zinsen erhöhen. Die Verschuldungsstrategie basiert daher auf einer riesigen Zinswette des Staates. Denn schon kleine

¹ Berechnungen nach Kogan et al. (2015).

² Die Schuldenquote misst den absoluten Schuldenstand in Relation zur Wirtschaftsleistung.

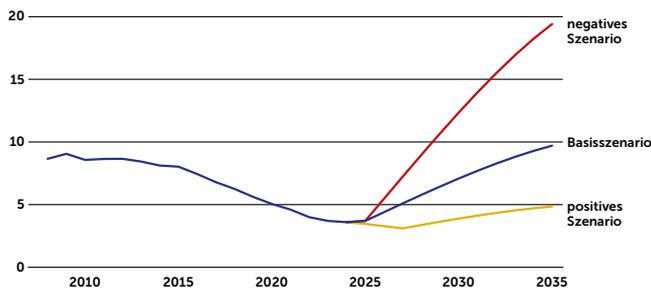
³ Durch ein Stock-flow Adjustment (zum Beispiel den Nettoerwerb von finanziellen Vermögenswerten) kann der Schuldenstand ebenfalls verändert werden.

Zinssteigerungen bedeuten hohe Kosten für den öffentlichen Haushalt. Eine simple Berechnung zeigt, dass sich bereits bei einem leichten Zinsanstieg ab 2025 (Basisszenario) die Zinszahlungen innerhalb von zehn Jahren auf zehn Milliarden Euro im Jahr verdoppeln werden.

Abb. 1: Risiken der Zinswette

Was steigende Zinsen für den Staat bedeuten

– Zinsausgaben bei Veränderung der Zinssätze, Szenarienrechnungen, in Milliarden Euro



Quellen: Statistik Austria, Fiskalrat (2021), eigene Berechnungen.

Anmerkung: Zinsausgaben 2021–2025 mit Prognose des Fiskalrats fortgeschrieben.

Danach eigene Projektion.

Im Basis- und Negativszenario wird der Tiefpunkt des Zinssatzes im Jahr 2024 erreicht, im positiven Szenario im Jahr 2025. Danach steigt der Zinssatz bis zum Jahr 2035 gleichmäßig an. Im Basisszenario wird im Jahr 2035 der Mittelwert der Jahre 2010–2019 erreicht. Im negativen Szenario tritt die Verdoppelung dieses Werts ein, im positiven die Hälfte.



Auch sind Staatsschulden und Wirtschaftswachstum nicht völlig voneinander losgelöst zu betrachten. Hohe Staatsschulden bremsen das Wirtschaftswachstum.⁴ Je höher die Schulden, desto schwieriger wird es, aus ihnen herauszuwachsen. Schließlich sind hohe Schuldenstände in der Regel auch mit hohen Zinszahlungen verbunden.

Trotz bestehender Fiskalregeln hat sich Österreich bereits in der Vergangenheit immer weiter verschuldet. So hat die Republik schon bisher nicht nur in Krisenjahren oder wirtschaftlichen Schwächephasen den Schuldenturbo gezündet, auch in Boomjahren stiegen die Staatsschulden immer wieder an. Konsolidierung war und ist die absolute Ausnahme. Seit 1974 konnte der Staat⁵ überhaupt erst zweimal einen Überschuss erzielen (2018 und 2019). Diese Entwicklung basiert im Grunde auf dem breiten politischen Konsens, dass viele Herausforderungen nur mit mehr Geld zu lösen seien. Aber Ineffizienzen und strukturelle Verwerfungen lassen sich so nur zeitweise verdecken. Längerfristig führen sie zu noch größeren Problemen, die dann gern mit noch mehr Geld in die Zukunft verschoben werden.

Fiskalpolitik als Versicherung

Weil Politiker zwar viel über Reformen und Erneuerungen reden, sie aber selten tatsächlich umsetzen und stattdessen mittels steigender Ausgaben aufschieben, sollen Fiskalregeln den öffentlichen Haushalt und damit auch die Bürger schützen. Das Jahr 2020 hat gezeigt, wie schnell uns eine Wirtschaftskrise treffen kann. Umso wichtiger ist es, finanzielle Spielräume zu haben, um Wirtschaft, Arbeitnehmer, Arbeitslose und Familien stützen zu können. Deshalb wirkt eine mit Regeln abgesicherte Fiskalpolitik wie eine Art Versicherung gegen schlampige staatliche Haushaltsführung. In Dänemark und Schweden hat das sehr gut funktioniert. In diesen Ländern war 2020 die Staatsverschuldung pro Kopf in etwa nur halb so hoch wie in Österreich.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt in einer Studie, dass Staaten mit Fiskalregeln in Krisen größeren Spielraum haben. Im Gegensatz zu Ländern ohne Fiskalregeln werden in solchen Staaten nach Naturkatastrophen das Bruttoinlandsprodukt (BIP), der private Konsum, die privaten Investitionen und die Importe stärker angekurbelt. Das liegt einerseits am vorher geschaffenen Spielraum. Und andererseits daran, dass die Regeln in einer Krise durch sogenannte Escape-Klauseln ausgesetzt werden können. Diese Escape-Klauseln erlauben im Notfall ein Abweichen von den Regeln.⁶

Um als Wirtschaftsraum langfristig stabil agieren zu können, haben sich die EU-Mitglieder selbsternannte Haushaltsziele auferlegt. Im Wesentlichen besagen diese Fiskalregeln, dass die Schuldenquote (Schuldenstand gemessen am BIP) 60 Prozent nicht übersteigen darf. Zudem darf das gesamtstaatliche Defizit nicht mehr als drei Prozent in Relation zum BIP betragen und über den Konjunkturzyklus⁷ selbst bei einer niedrigen Schuldenquote

Hohe Staatsschulden bremsen das Wirtschaftswachstum. Je höher die Schulden, desto schwieriger wird es, aus ihnen herauszuwachsen. Schließlich sind hohe Schuldenstände in der Regel auch mit hohen Zinszahlungen verbunden.

⁴ Vgl. Reinhart & Rogoff (2010), Köppl-Turyna & Lorenz (2016), Reis (2020).

⁵ Der Staatssektor besteht aus dem Bund, den Ländern, den Gemeinden und den Sozialversicherungen.

⁶ Vgl. Kriwoluzky et al. (2020).

⁷ Die Phase zwischen zwei Spitzen in der Wirtschaft wird als Konjunkturzyklus bezeichnet. Typischerweise verläuft die wirtschaftliche Entwicklung in Zyklen. Mal wächst die Wirtschaft schneller, mal langsamer – in Krisen kann sie sogar schrumpfen.

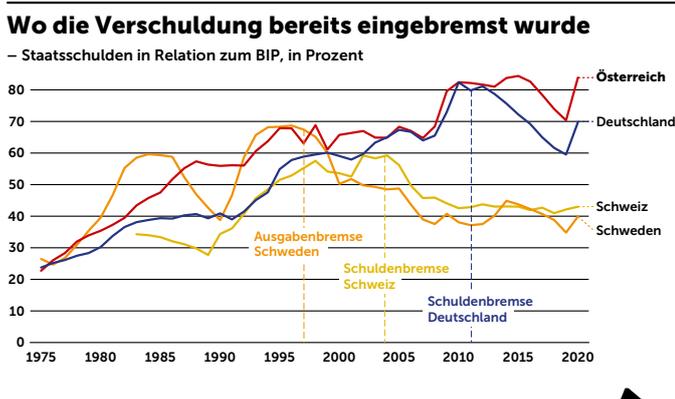
Auch andere Länder mit einer Ausgabenbremse haben es in der Vergangenheit deutlich besser geschafft, ihre Schulden im Anschluss an Notsituationen wieder abzubauen.

nicht ein Prozent in Relation zum BIP übersteigen. Die EU-Regeln zeigen aber auch, dass solche Maßnahmen nur sinnvoll sind, wenn sie auch glaubhaft umgesetzt werden. Am effektivsten erweisen sich hier automatische Anpassungen und Sanktionsmechanismen, um Verstößen entgegenzuwirken. Das bedeutet, dass bei einer Ausgabenüberschreitung das Budget für die kommenden Jahre entsprechend

gekürzt werden muss. Bei wiederholten Verletzungen könnte auf EU-Ebene beispielsweise die Auszahlung von Fördergeldern eingestellt werden.

Neben den auf der EU-Ebene geltenden Fiskalregeln besitzt Österreich erst seit 2017 eine Regel für den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo.⁸ Um allerdings rasch weiteren Spielraum für mögliche Krisen zu schaffen und die Schulden zu senken, bräuchte es für die Zukunft auch eine nationale Ausgabenbeschränkung.⁹ Eine solche ist in der aktuellen Regel nicht enthalten.

Abb. 2: Von wem Österreich lernen kann



Als Vorbild kann Schweden dienen: Mit einer Schuldenquote von nur rund 35 Prozent im Jahr 2019 konnte das Land ohne Probleme die notwendigen Krisenausgaben tätigen.¹⁰ Geschafft wurde das unter anderem mit einer Ausgabenbeschränkung und einem Überschussziel. Vor 26 Jahren lag Schwedens Schuldenquote gleichauf mit

der Österreichs bei 70 Prozent der Wirtschaftsleistung. Seit Einführung dieser Regelung hat sie sich halbiert.

Auch andere Länder mit einer Ausgabenbremse haben es in der Vergangenheit deutlich besser geschafft, ihre Schulden im Anschluss an Notsituationen wieder abzubauen. In Deutschland dürfen die Ausgaben durchschnittlich nicht stärker wachsen als die Einnahmen. Dies gilt sowohl für den Bund als auch für die Länder. In der Schweiz existiert eine ähnliche Fiskalregel. Hier dürfen die Ausgaben des Bundes im Durchschnitt nicht über seinen Einnahmen liegen.

Strukturelle Haushaltssalden

Die 1992 vereinbarten Maastricht-Kriterien geben ein maximales Defizit von drei Prozent in Relation zum BIP vor. Diese Grenze gilt sowohl in einem Boom als auch in einer Rezession. Die Grundidee dieser Kriterien war es allerdings, dass der Staat in der Krise mehr Geld ausgeben und danach im Aufschwung wieder Überschüsse erwirtschaften sollte. In der Realität haben das die Staaten allerdings nie gemacht, d. h., sie haben im Aufschwung keineswegs gespart. Deshalb wurden die EU-Fiskalregeln um „strukturelle Haushaltsregeln“ ergänzt. Für die Berechnung des strukturellen Haushaltssaldos wird die sogenannte konjunkturelle Komponente (das sind alle Ausgaben, die je nach konjunktureller Situation anfallen, etwa erhöhte Arbeitslosengelder infolge einer Krise) aus dem tatsächlichen Haushaltssaldo herausgerechnet.¹¹ Auf Basis dieses Indikators kann dann beurteilt werden, wie gut und nachhaltig ein Staat wirtschaftet.¹²

⁸ Der Haushaltssaldo entspricht den Einnahmen abzüglich der Ausgaben.

⁹ Vgl. Cordes et al. (2015).

¹⁰ Vgl. Andersson & Jonung (2019).

¹¹ Neben der Bereinigung um die konjunkturelle Situation werden auch Einmaleffekte berücksichtigt, wie sie beispielsweise in der Vergangenheit aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen entstanden sind.

¹² Nähere Informationen zur Berechnung struktureller Haushaltssalden finden sich in Wollmershäuser et al. (2016, 64) und Mourre et al. (2014).

Österreich

Bereits im Jahr 1999 wurde in Österreich im Rahmen des nationalen Stabilitätspakts eine Fiskalregel zur Beschränkung des gesamtstaatlichen Defizits geschaffen. Jedoch bot sie zu geringe Beschränkungen für den Staat, da er sich die Defizitgrenze beliebig setzen konnte. Im Zuge der Finanzkrise wurde hier nachgeschärft. Seit 2017 darf das um konjunkturelle Effekte bereinigte Defizit des Bundes maximal 0,35 Prozent relativ zum BIP betragen. Darüber hinaus gilt für die Summe aller Länder, Städte und Gemeinden eine Defizitgrenze von 0,1 Prozent. Insgesamt darf sich also der österreichische Staat maximal um 0,45 Prozent in Relation zum BIP verschulden. Abweichungen von diesen Grenzen werden auf einem sogenannten Kontrollkonto verbucht. Wenn der Stand des Kontrollkontos 1,25 Prozent relativ zum BIP für den Bund bzw. 0,367 Prozent für die Länder, Städte und Gemeinden überschreitet, muss gegengesteuert werden. Das heißt, es müssen Überschüsse erwirtschaftet werden, um das Defizit am Konto wieder zu senken.¹³

Schweden

Ende der 1970er-Jahre begannen die öffentlichen Finanzen in Schweden – nicht zuletzt aufgrund der massiven Kosten des Sozialstaates – aus dem Ruder zu laufen. Die Schulden in Relation zum BIP stiegen von 25 Prozent im Jahr 1976 auf 69 Prozent im Jahr 1996. Damit geriet der Staat immer stärker in die Abhängigkeit der Geldmärkte. 1993 lag die Neuverschuldung bei über zehn Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Um die Situation unter Kontrolle zu bringen, gab es einen breiten politischen Konsens zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Seit 1997 wird in Schweden für einen jeweils dreijährigen Zeitraum eine Obergrenze für die Ausgaben der Zentralregierung gezogen. Die Zinsausgaben werden bei dieser Grenze nicht berücksichtigt, dafür allerdings die Pensionsaus-

gaben hinzugerechnet. Zudem musste der gesamte Staat von 2000 bis 2006 mit einem Überschuss von mindestens zwei Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung pro Jahr abschließen. Im Jahr 2007 wurde diese Regel auf ein Prozent gelockert. Mittlerweile liegt die Grenze aufgrund der niedrigen Schulden bei 0,33 Prozent (relativ zum BIP). Dieses Ziel gilt über den gesamten Konjunkturzyklus, also im Durchschnitt über Auf- und Abschwungphase hinweg.¹⁴ Daher war die Regierung in Schweden auch in Krisenzeiten handlungsfähig.

Deutschland und Schweiz

In Deutschland galt für die Bundesregierung von 1969 bis 2010 die „goldene Regel“. Die Neuverschuldung durfte nicht höher ausfallen als die Ausgaben für öffentliche Investitionen. Nachdem die Schuldenquote 2010 einen neuen Höchststand erreicht hatte, führte Deutschland im Jahr 2011 die sogenannte Schuldenbremse ein, die ein maximales Budgetdefizit von durchschnittlich 0,35 Prozent relativ zum Bruttoinlandsprodukt für den Bund (null Prozent für die Länder) erlaubt. Das Budgetdefizit wird dabei um konjunkturelle Effekte bereinigt. Das bedeutet, dass in Krisenzeiten ein höheres Budgetdefizit gewährt wird. In wirtschaftlich guten Zeiten muss aber dafür ein geringeres Defizit oder sogar ein Überschuss erzielt werden.¹⁵ Auch in der Schweiz gibt es seit 2003 für die Bundesebene eine Schuldenbremse im Verfassungsrang, nachdem die Verschuldung ab den 1990er-Jahren deutlich angestiegen war. Konkret sollen die Ausgaben auf die Höhe der Einnahmen begrenzt werden, sodass über den Konjunkturzyklus hinweg der Haushaltssaldo ausgeglichen ist. Gibt es Abweichungen von der Regel, werden diese auf einem Kontrollkonto verbucht. Ist der Betrag am Kontrollkonto zu groß, muss er mithilfe von Überschüssen abgebaut werden.¹⁶

¹⁴ Vgl. Lledó et al. (2017).

¹⁵ Vgl. Lledó et al. (2017).

¹⁶ Überschreitet der Wert des Kontrollkontos sechs Prozent in Relation zu den Ausgaben, muss er abgebaut werden. Vgl. Lledó et al. (2017).

¹³ Nähere Informationen zur Fiskalregel finden sich in Fiskalrat (2020, 66).

Handlungsempfehlungen

2021 wird laut aktuellen Prognosen wieder ein Wachstumsjahr für Österreich werden. Mittels Ausgabendisziplin, wachstumsfördernder Investitionen und der weiterhin günstigen Finanzierungssituation des Staates sollte es Österreich möglich sein, die gestiegene Schuldenlast in den kommenden Jahren wieder abzutragen und aus den Schulden zu wachsen. Daher braucht es auch keine zusätzlichen Steuern in einem Land, das schon vor der Krise eine der weltweit höchsten Abgabenquoten hatte.

Die Ausgestaltung von Fiskalregeln kann hier einen entscheidenden Beitrag zu einem soliden Haushalt leisten und die Bürger vor teuren Wahlgeschenken schützen. In Kombination mit Reformen kann die Schuldenlast reduziert werden, ohne die Menschen zusätzlich zu belasten. Um Investitionen in den Klimaschutz, die Bildung oder die Digitalisierung zu stemmen, braucht es Handlungsspielraum für die Zukunft.

Fiskalregeln

— **Eine effektive Ausgabenbremse einführen:** Österreich hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Damit künftig in guten Jahren regelmäßig Überschüsse aufgebaut werden können, braucht es eine glaubwürdige und strenge Ausgabenbremse. Vorbild sollte hier Schweden sein. Gepaart wird diese Regel dort mit einem Ausgabenpfad für die einzelnen Bereiche. Es wird definiert, wie sich die Auszahlungen in den jeweils kommenden drei Jahren entwickeln sollen. Ein Überschreiten der Obergrenzen muss durch Einsparungen in anderen Bereichen oder in den folgenden Jahren kompensiert werden.

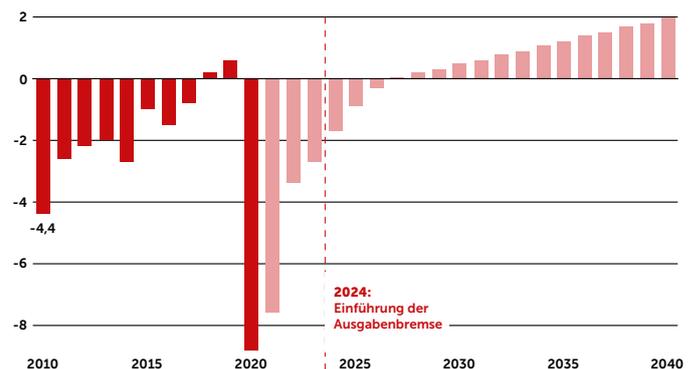
Um Budgetdisziplin zu verankern, sollte für Österreich daher Folgendes umgesetzt werden: Ein Haushaltsplan teilt für die kommenden fünf Jahre den Ressorts die öffentlichen Gelder je nach Bedarf zu. Dieser Haushaltsplan definiert die maximal zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für diesen Zeitraum. Solange die Verschuldung bei über 60 Prozent relativ zum BIP liegt, sollte das Ausgabenwachstum des Gesamtstaates die allgemeine Teuerung nicht übersteigen. Die Einhaltung ist aktuell dank der niedrigen Zinsen im Rahmen des Möglichen. Werden jetzt die notwendigen Strukturreformen (siehe unten) angegangen, wird dies für Österreich auch in Zukunft der Fall sein. Wie bei allen modernen Fiskalregeln sollten über Escape-Klauseln Spielräume für Ausnahmesituationen geschaffen wer-

den. In der Corona-Krise wäre diese Klausel aktiviert worden, um keinen budgetären Einschränkungen zu unterliegen. Die vorgeschlagene Ausgabenbremse sollte spätestens ab dem Jahr 2024 in Kraft treten.

Abb. 3: Rückkehr zu einem konsolidierten Haushalt

So würde eine Ausgabenbremse dem Budget helfen

– Haushaltssaldo in Relation zum BIP, in Prozent



Quellen: Statistik Austria, Fiskalrat (2021), eigene Berechnungen.
Anmerkung: Haushaltssaldo 2021–2025 mit Prognose des Fiskalrats fortgeschrieben. Danach eigene Berechnungen.



Mit einer entsprechenden Ausgabenregel ab dem Jahr 2024 würden die gesamtstaatlichen Defizite spätestens ab 2027 verschwinden und Überschüsse erzielt werden. Wenn, ähnlich wie in den 2010er-Jahren, die Zinsen für die Neuverschuldung tatsächlich unter dem BIP-Wachstum liegen, wird bereits früher ein Schuldenabbau möglich sein. Die Regel sorgt aber dafür, dass Österreich bis 2040 den Schuldenberg auf unter 60 Prozent relativ zum BIP reduzieren kann.

Reformen

— **Investitionen stärken:** Ein größerer Teil der staatlichen Ausgaben sollte in Zukunft den Investitionen zugutekommen. Das gilt nicht nur für die Bereiche Digitalisierung und Umweltschutz, auch Forschung und andere öffentliche Investitionen kurbeln das Wirtschaftswachstum deutlich stärker an als andere Staatsausgaben.¹⁷ Investitionsausgaben haben das Potenzial, die Unternehmen in ihrer Wirtschaftstätigkeit zu unterstützen und langfristig den Wohlstand zu steigern. Jeder sinnvoll investierte Euro kommt mehrfach wieder zurück. Damit sind sie eher kurzfristig orientierten Staatsausgaben wie etwa einer Ausweitung der Sozialausgaben vorzuziehen.

¹⁷ Vgl. Gechert (2015).

— **Die Pensionsreform in Angriff nehmen:** Ein strukturelles Problem im öffentlichen Haushalt stellt der demografische Wandel dar. In Zukunft müssen immer weniger Erwerbstätige immer mehr Pensionisten finanzieren. Im Jahr 2050 werden 1,3 Aktive für einen Pensionisten aufkommen.¹⁸ Um die daraus resultierenden Kosten zu begrenzen, sollte das Pensionsantrittsalter ab sofort jedes Jahr um zwei Monate angehoben werden, bis ein Antrittsalter von 67 Jahren erreicht ist. Andere Länder wie die Niederlande gehen noch schneller vor, aber die Steigerung um zwei Monate pro Jahr ist zumindest notwendig, um die erhöhte Belastung durch die Babyboomer-Generation abzufangen. Anschließend sollte sich das gesetzliche Pensionsantrittsalter automatisch an die steigende Lebenserwartung anpassen. Das Anheben des effektiven Antrittsalters an das gesetzliche verschiebt die Kosten zwar in die Zukunft, löst das Problem aber nicht. Bereits heute sind die Abschläge so ausgestaltet, dass sich die Kosten durch einen späteren Antritt bei gleichzeitig steigenden Ansprüchen nicht verändern.

— **Die Umstellung auf eine digitale und effiziente Verwaltung vollziehen:** Die österreichische Verwaltung hat sich in der Corona-Krise nicht nur oft als zu langsam und behäbig gezeigt, sie ist auch teurer, als sie sein müsste. Hätten sich Löhne und Produktivität im öffentlichen Sektor genauso entwickelt wie im privaten, wären den Steuerzahlern allein im Jahr 2016 Ausgaben in Höhe von 14,6 Milliarden Euro erspart geblieben.¹⁹ Auch die Digitalisierung kann dabei helfen, die Verwaltung strukturierter und effizienter aufzustellen. Der Aufbau einer digitalen Infrastruktur ist nicht nur eine Serviceleistung für die Bürger, sie bringt auch eine Verbesserung der Verwaltung und kann zu einer wesentlichen Kostenreduktion führen.

Daher sollte in den Aufbau einer umfassenden digitalen Infrastruktur investiert werden. Vorbild sollte Estland mit seiner X-Road sein, die sämtliche Verwaltungsschritte über das Internet abwickeln lässt. Die Datennutzung sollte transparent nachverfolgbar sein. Das bedeutet, dass jeder Bürger zu jedem Zeitpunkt einsehen kann, wer auf seine Daten zugegriffen hat und auch warum. Schätzungen der Weltbank zufolge sparen sich die Esten jährlich 2,8 Millionen Stunden Verwaltungsaufwand durch die digitale Verwaltung. Das entspricht der Vollzeitarbeit von 1.346 Personen pro Jahr.²⁰

Literatur

- Andersson, F., Jonung, L. (2019).** The Swedish fiscal framework - the most successful one in the EU? The first twenty years and beyond. Lund University, Department of Economics Working Paper 2019(006). Online verfügbar unter: https://project.nek.lu.se/publications/workpap/papers/wp19_6.pdf (abgerufen am 18.08.2021).
- Cordes, T., Kinda, M. T., Muthoora, M. P. S., Weber, A. (2015).** Expenditure rules: Effective tools for sound fiscal policy? International Monetary Fund. Online verfügbar unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2015/wp1529.pdf> (abgerufen am 05.02.2021).
- Fiskalrat (2020).** Bericht über die öffentlichen Finanzen 2019-2021. Online verfügbar unter: <https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:4c40d829-3cdf-4ce8-a4b3-dbd55ec16ca0/Jahresbericht-2020-Web.pdf> (abgerufen am 06.07.2021).
- Fiskalrat (2021).** Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2020–2025. Online verfügbar unter: <https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:043a7e48-1a6a-46dd-8692-7092739bf7de/FISK-Bericht.pdf> (abgerufen am 11.08.2021).
- Gechert, S. (2015).** What fiscal policy is most effective? A meta-regression analysis. *Oxford Economic Papers* 67(3), 553–580.
- Kogan, R., Stone, C., DaSilva, B., Rejeski, J. (2015).** Difference Between Economic Growth Rates and Treasury Interest Rates Significantly Affects Long-Term Budget Outlook. Center on Budget and Policy Priorities. Online verfügbar unter: <https://www.cbpp.org/sites/default/files/atoms/files/2-27-15bud.pdf> (abgerufen am 18.08.2021).
- Köppl-Turyna, M., Kucsera, D., Neck, R. (2018).** Die Schuldenrakete: Warum Österreichs Staatsausgaben immer weiter wachsen. *Agenda Austria Paper Serie*. Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/die-schuldenrakete/> (abgerufen am 03.02.2021).
- Köppl-Turyna, M., Lorenz, H. (2016).** Demand-side economics in times of high debt: The case of the European Union. *Agenda Austria Working Paper, 2*. Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/wp-content/uploads/2018/04/aa-working-paper-no-02-fiscal-stimulus.pdf> (abgerufen am 05.02.2021).

¹⁸ Vgl. Lorenz et al. (2019).

¹⁹ Vgl. Köppl-Turyna et al. (2018).

²⁰ Vgl. Vassil (2016).

- Kriwoluzky, A., Pagenhardt, L., Rieth, M. (2020).** Fiskalregeln mildern wirtschaftliche Rückschläge in Krisenzeiten. DIW Wochenbericht, 87(52/53), 989–997. Online verfügbar unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.807698.de/20-52-1.pdf (abgerufen am 05.02.2021).
- Lledó, V., Yoon, S., Fang, X., Mbaye, S., Kim, Y. (2017).** Fiscal Rules at a glance. International Monetary Fund. Online verfügbar unter: <https://www.imf.org/external/datamapper/FiscalRules/Fiscal%20Rules%20at%20a%20Glance%20-%20Background%20Paper.pdf> (abgerufen am 22.06.2021).
- Lorenz, H., Kucsera, D., Nagl, W., Sustala, L. (2019).** Do it now! Eine Roadmap für Österreich. Agenda Austria, Wien. Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/do-it-now/> (abgerufen am 04.08.2021).
- Mourre, G., Astarita, C., Princen, S. (2014).** Adjusting the budget balance for the business cycle: the EU Methodology. European Economy – Economic Papers 536.
- Reinhart, C., Rogoff, K. (2010).** Growth in a time of debt. American Economic Review 100, 573–78.
- Reis, R. (2020).** The constraint on public debt – when $r < g$ but $g < m$. Online verfügbar unter: <https://iepecdg.com.br/wp-content/uploads/2020/12/mpkrg-201112.pdf> (abgerufen am 05.02.2021).
- Vassil, K. (2016).** Estonian e-Government Ecosystem: Foundation, Application, Outcomes. World Development Report, Background-Paper – Digital Dividends.
- Wollmershäuser, T., Nierhaus, W., Hristov, N., Boumans, D., Garnitz, J., Göttert, M., Grimme, C., Lautenbacher, S., Lehmann, R., Meister, W., Reif, M., Schröter, F., Steiner, A., Stöckli, M., Wohlraube, K., Wolf, A. (2016).** Ifo Konjunkturprognose 2016–2018: Robuste deutsche Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Wirtschaftspolitik. ifo Schnelldienst 69(24), 28–73.

Herausgegeben von der Denkfabrik



www.agenda-austria.at

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Marcell Göttert, MSc.
Heike Lehner, MA (HSG)
Mag. Hanno Lorenz

Begutachtung

PD Dr. Gerhard Reitschuler

Lektorat

MMag.a Judith Kreiner

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

**Agenda Austria
Türkenstraße 25/1/10
1090 Wien
Austria**

**T +43 1 361 99 61-0
office@agenda-austria.at**

agenda-austria.at